

Die Verfassung als Programm

Italiens Intellektuelle zeichnen
ein düsteres Bild von ihrem Land

Einen „Schmerzensschrei“ nannte der ehemalige Verfassungsrichter Gustavo Zagrebelsky die Veranstaltung, mit der die italienische Intellektuellenvereinigung Libertà e Giustizia („Freiheit und Gerechtigkeit“, LeG) am Samstag in Mailand ihr zehnjähriges Bestehen feierte. LeG wurde 2002 von Persönlichkeiten wie Claudio Magris, Umberto Eco und der kürzlich gestorbenen Gae Aulenti gegründet, um der Verflachung der politischen Kultur durch den Berlusconiismus entgegenzuwirken und die Rolle der Zivilgesellschaft zu stärken. Seit mehr als einem Jahr ist Berlusconi Zeit vorbei – aber wenn es nach Gustavo Zagrebelsky geht, dem Ehrenpräsidenten der Vereinigung, dann sieht es immer noch nicht gut aus für Italien. Das Land steuere auf ein ungewisses Schicksal zu, sagte er. Vergleiche zum Endstadium der Weimarer Republik würden sich aufdrängen, als in Berlin der Wirtschaftsexperte Heinrich Brüning mit harter Sparpolitik regierte – „zum Glück“ zeige sich aber in Italien kein Diktator am Horizont.

Ebenso düstere Bilder zeichneten der Historiker Paul Ginsborg, die Juristin Elisabetta Rubini, der Kunstwissenschaftler Salvatore Settis und der Journalist Gad Lerner: Italien habe sein soziales Gewissen verloren, sich kulturell aufgegeben. Es vernachlässige die Forschung und Wissenschaft und schotte sich gegen das Fremde und Andersartige ab. Der Übergang von einer „unanständigen Rechten“ (Berlusconi) zu einer „anständigen“ (Monti) habe nur das Bild Italiens nach außen verändert, aber nicht die Politik, die an den Interessen einer kleinen Schicht von Besitzenden ausgerichtet bleibe und die sozialen Ungleichheiten vergrößere. Die Korruption bedrohe als „kulturelle Krankheit“ die demokratischen Strukturen des Landes.

In dieser Phase, so schreibt Zagrebelsky in einem Manifest für LeG, müsse die Verfassung des Landes zum Leitfaden der Politik und der öffentlichen Debatte werden. Umberto Eco empfahl deshalb „Vorposten“ etwa in den Schulen einzurichten, um den Inhalt der Verfassung, der weitgehend unbekannt sei, zu verbreiten. So könnte man auch die Politikmüdigkeit bekämpfen und die Zivilgesellschaft wieder aktivieren. Ein Problem, das Libertà e Giustizia selbst betrifft. Im vergangenen Jahr kamen zu einer Anti-Berlusconi-Veranstaltung noch 15 000 Personen, am Samstag fanden nur rund 2000 Menschen den Weg in das Mediolanum Forum am Stadtrand von Mailand.

HENNING KLÜVER